

Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit

Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann

Sie trennen Ihren Müll, kaufen Gemüse aus der Region und fahren einen Kleinwagen. Aber was, wenn dieses Handeln der Umwelt wenig oder gar nichts nützt? Mehr und mehr wird die Verantwortung für eine nachhaltige

Entwicklung in den privaten Bereich abgeschoben – das kann im besten Fall wenig zielführend und im schlimmsten sogar kontraproduktiv sein. Denn Nachhaltigkeit ist eine Aufgabe der politischen Systeme. Das heißt nicht, dass der einzelne Mensch in diesem Geschehen keinen Platz hat. Seine Aufgabe ist es aber, politisch für die Nachhaltigkeit einzutreten – jenseits von Stromsparen und ökologisch korrektem Konsum.

Armin Grunwald

Against Privatisation of Sustainability – Why Consuming Ecologically Correct Products Will Not Save the Environment | GAIA 19/3 (2010): 178–182 | **Keywords:** environmentally responsible behaviour, sustainability, sustainability policy, sustainable consumption

Um die Nachhaltigkeit auf der politischen Bühne scheint es schlecht zu stehen. Die Klimakonferenz von Kopenhagen ist gescheitert, viele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategien sind den Ministerialbürokratien überantwortet, die von Obama erhoffte Wende hin zu einer neuen Nachhaltigkeitsbereitschaft in den USA lässt auf sich warten und die Millenniumsziele der Vereinten Nationen sind weit davon entfernt, tatsächlich erreicht zu werden. Gleichzeitig sind Anzeichen einer zunehmenden „Privatisierung“ der Nachhaltigkeit zu beobachten, insbesondere in der öffentlichen Kommunikation. Der nachhaltige Konsum und das umweltbewusste Verhalten der Menschen in ihren privaten Lebensbereichen sind zentrale Themen in Fernsehsendungen, im Schulunterricht, in der Ratgeberliteratur, in Bildungseinrichtungen und in Zeitungsartikeln geworden.

Dies ist keineswegs neu. Umweltbildung und Umweltpsychologie thematisieren seit Jahrzehnten die Frage, wie Menschen zu einem nachhaltigeren Verhalten motiviert werden könnten. Das Neue – und in meiner Diagnose Gefährliche – ist die Koinzidenz einer Privatisierung der Nachhaltigkeit mit dem verbreiteten Eindruck, die Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung auf der politischen Ebene seien gescheitert oder zumindest verblasst. Der Nachhaltigkeit droht eine Abschiebung in den Bereich des privaten Handelns. Dies wäre jedoch ihr Ende. Nachhaltige Ent-

wicklung ist eine öffentliche Angelegenheit, die in der Polis ausgetragen werden muss.

Erwartungen an das private Nachhaltigkeitshandeln

Privates Nachhaltigkeitshandeln besteht aus lebenspraktischen Antworten auf die Frage: „Was kann der von der Nachhaltigkeit überzeugte Bürger in seinem eigenen Lebensumfeld tun, um eine umweltgerechte und naturnahe Lebensweise zu fördern?“ (Renn 2002, S. 33). Beispiele sind sorgfältige Mülltrennung, Kauf eines sparsame(re)n Autos, Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder des Fahrrads, Verzicht auf Fernreisen, Kauf von Lebensmitteln aus umweltschonendem Anbau und Sparsamkeit in der Nutzung infrastrukturell bereitgestellter Leistungen wie Strom, Gas oder Wasser. Von einem *privaten* Handeln können wir nur sprechen, wenn die Entscheidungshoheit über die Handlungen bei den einzelnen Personen liegt. Privates Nachhaltigkeitshandeln richtet den Umgang mit Konsumartikeln, Umweltgütern und Dienstleistungen an Nachhaltigkeitsaspekten aus. Spreche ich von einer Privatisierung der Nachhaltigkeit, meine ich eine Verschiebung der Erwartungen, weg von der politischen Ebene hin zum privaten Handeln. Zunehmend wird, jedenfalls in der öffentlichen Debatte und den Massenmedien, der Schlüssel zur Lösung der Nachhaltigkeitsprobleme im privaten Handeln gesehen. Dies ist in mehreren Ausprägungen zu beobachten.

Erstens wird den Konsument(inn)en zunehmend Verantwortung für Nachhaltigkeit zugeschrieben: Nachhaltiger Konsum (vergleiche Scherhorn und Weber 2002) soll durch das private Verbraucherverhalten realisiert werden. Das Leitbild verantwortli-

Kontakt: Prof. Dr. Armin Grunwald | Karlsruher Institut für Technologie (KIT) | Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) | Hermann-von-Helmholtz-Platz 1 | 76344 Eggenstein-Leopoldshafen | Deutschland | Tel.: +49 7247 822500 | E-Mail: armin.grunwald@kit.edu

© 2010 A. Grunwald; licensee oekom verlag.
This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution License (<http://creativecommons.org/licenses/by/3.0>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.

cher Konsument(inn)en sieht die Individuen als Antreiber der Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit: Wenn Menschen nach Maßstäben der Nachhaltigkeit konsumieren, wird, so die Erwartung, das Wirtschaftssystem aus Eigeninteresse zunehmend nachhaltige Produkte anbieten und sich schließlich ganz auf diese Art des Konsums einstellen. Der private Konsum, für den in liberalen Gesellschaften das Wort von der Konsumentenouveränität geprägt wurde, wird mit öffentlichen Erwartungen aufgeladen.

Zweitens betrifft die Privatisierung der Nachhaltigkeit das private Umwelthandeln. Der Weg zu mehr Nachhaltigkeit wird in einer Neuorientierung des privaten Umgangs mit Umweltgütern wie Energie, Wasser und Rohstoffen gesehen. Zur Umstellung des privaten Handelns durch Information, Wissensvermittlung und Kompetenzschulung für eine nachhaltigere Lebensgestaltung hat sich ein ganzer „Markt“ um das private Umwelthandeln gebildet (Grunwald 2010): Kurse zur Umweltbildung und ökologischen Ernährung, Curricula und Kursmaterialien, Workshops und Bildungsveranstaltungen in Akademien und Bildungswerken, Umweltberatung in Kommunen und Verbänden, Ratgeberliteratur bis hin zu Öko-Lifestyle-Ratgebern und einschlägigen Internetportalen sowie Ratgebern zu Ökostromtarifen und Materialien für umweltbewusste Hauslebauer.

Drittens lässt sich als weiterer Modus der Privatisierung der Nachhaltigkeit das Phänomen der Kompensation erkennen. Für Menschen, die ihren Lebensstil nicht ändern können oder wollen, werden Ersatzhandlungen angeboten. Beispiele sind Spendenaufrufe zur Erhaltung der Biodiversität oder für den Klimaschutz; oder die Möglichkeit, sich von der ökologischen „Schuld“, die Flugreisen mit sich bringen, durch den Kauf von Zertifikaten loszukaufen, mit deren Erlös Aufforstungsprogramme finanziert werden. Es geht nicht um eine Änderung des die Umwelt schädigenden Verhaltens selbst, sondern um ein Freikaufen von der dabei entstehenden „Schuld“ durch auf die Umwelt positiv einwirkende oder zumindest als solche unterstellte Maßnahmen – eine, wie oft bemerkt, moderne Form des Ablasshandels. Hier wird die Verantwortung für Umweltprobleme indirekt privatisiert, indem der Eindruck erweckt wird, die privat Handelnden hätten die Möglichkeit oder gar die Pflicht, Umweltbelastungen, die durch das eigene Handeln entstehen, durch Kompensationshandlungen abzuwenden.

Das Gemeinsame an diesen Ausprägungen ist die Privatisierung der Nachhaltigkeit. Dass Menschen ihr privates Handeln in Bezug auf Umwelt und Nachhaltigkeit ändern müssen, ist in der Öffentlichkeit und den Massenmedien zu einem Muster politischer Korrektheit geworden. Die Selbst- und Fremdbeobachtung in ökologischen Fragen gehört zum Alltag. Es wird darüber geredet, welche CO₂-Bilanz das Frühstück und welche Ökobilanz der nächste Urlaub hat. Die Erwartungen an das private Handeln sind hoch, die Erwartungen an das politische Nachhaltigkeitshandeln gering. Ob Ersteres gerechtfertigt ist, soll im Folgenden hinterfragt werden.

Nachhaltigkeit lässt sich nicht privatisieren

Hinter den genannten Erwartungen an das private Nachhaltigkeitshandeln steckt eine Reihe von problematischen Prämissen: 1. in Bezug auf den Zugang von privat Handelnden zum erforderlichen Wissen, um Nachhaltigkeitsbewertungen machen zu können, 2. dass individuelles Handeln (zum Beispiel Energiesparen) unmittelbar der Umwelt zugutekomme, und 3. in Bezug auf die Mobilisierungsfähigkeit der Privatpersonen.

Erstens: Über die Nachhaltigkeit von Produkten, Systemen oder Dienstleistungen entscheiden alle relevanten Vorgänge in ihrem gesamten Lebenszyklus. Privaten Konsument(inn)en steht dieses Wissen in der Regel nicht zur Verfügung. Eine Lebenszyklusbilanz aufzustellen, ist methodisch anspruchsvoll und in ihrer Durchführung häufig umstritten, vor allem was die Festlegung der Systemgrenzen und nötige Relevanzentscheidungen betrifft. Die derartigen Lebenszyklusanalysen notwendig innewohnende prospektive Seite bedingt, dass Lebenszyklusbilanzen sich nicht einfach „ausrechnen“ lassen, sondern dass Unsicherheiten des Wissens angesichts der Offenheit der Zukunft berücksichtigt werden müssen. Erstellung und handlungsbezogene Interpretation sowie Bewertung von Lebenszyklusbilanzen überfordern privat Handelnde. Nachhaltigkeitskennzeichen, Zertifikate und Gütesiegel versprechen Abhilfe, sind aber einerseits methodisch umstritten. Andererseits zeigen empirische Analysen, dass die Kennzeichnungen nur von einem kleinen Teil der Konsument(inn)en wahrgenommen oder im Kaufverhalten berücksichtigt werden: „Angesichts der Vielzahl empirischer Befunde, die belegen, dass Konsumenten im Normalfall (der alltäglichen Kauf- und Konsumakte) nur ein geringes Interesse an der aktiven Beschaffung von und Auseinandersetzung mit Hintergrundinformationen besitzen, geht eine auf das Leitbild des ‚verantwortlichen Konsumenten‘ zugeschnittene Strategie der Verbreitung nachhaltiger Konsummuster an der Realität vorbei“ (Brand 2000, S. 34).

Zweitens: Dieses Problem besteht scheinbar nicht bei privaten Verhaltensmustern, die auf Antrieb und unmittelbar eine Entlastung der Umwelt versprechen, die einfach kommunizierbar sind und kein besonderes Wissen zu beanspruchen vorgeben. Dazu gehören die direkte Einsparung ökologisch relevanter Produkte, etwa von Energie oder Wasser. Weit verbreitet (und *prima facie* sogar plausibel) ist die Einschätzung, dass auf diese Weise die Umwelt unmittelbar und direkt entlastet wird: Jede eingesparte Kilowattstunde impliziert einen entsprechend geringeren Einsatz von Primärressourcen und auch entsprechend geringere Umweltbelastung durch Emissionen. Aber auch diese so nahe liegende Erwartung kann trügerisch sein. Denn zwischen das private Handeln und dessen Folgen für die Umwelt können gesellschaftliche intermediäre Ebenen zwischengeschaltet sein, die durch systemische Effekte die intendierten Folgen individuellen Umwelthandelns transformieren, konterkarieren oder sogar in ihr Gegenteil verkehren können (Grunwald 2010). Ein Beispiel ist das Stromsparen. Durch das System des Zertifikathandels



führt eine Verringerung des Stromverbrauchs bei privaten Verbraucher(inne)n keineswegs *automatisch* zu verringerten CO₂-Emissionen. Da die Gesamtzahl der Zertifikate gleich bleibt, können die durch einen reduzierten privaten Stromverbrauch frei werdenden Emissionsrechte von anderen Emittenten, beispielsweise aus der Stahl- oder Aluminiumproduktion, genutzt werden, um entsprechend mehr zu emittieren (Geden 2009). Privates Stromsparen entlastet in diesem Szenario zwar die individuelle Stromrechnung, nicht aber die Umwelt. Das System des Zertifikathandels schiebt sich zwischen die handelnden Personen und die natürliche Umwelt und sorgt dafür, dass aus intendierten Einsparungen bloße Umverteilungen werden können. Übliche Redewendungen wie, dass wir durch privates Umwelthandeln „der Umwelt“ oder „dem Klima“ etwas Gutes tun, verkennen, dass das individuelle Handeln vermittelt über gesellschaftliche Prozesse möglicherweise andere Folgen hat als die intendierten. Privates Umwelthandeln *kann* die natürliche Umwelt entlasten, *muß* es aber nicht.

Drittens: Ein weiteres Problem resultiert daraus, dass privates Handeln, zum Beispiel im Konsumbereich unter Konsumentensouveränität, unter öffentliche Erwartungen gestellt wird. Mit einer Privatisierung der Nachhaltigkeit würde Menschen in ihrem Privatbereich eine politische Rolle zugewiesen. Konsument(inn)en als Träger gesellschaftlicher Nachhaltigkeitserwartungen sind aber etwas anderes als solche, die bedarfs- oder angebotsorientiert auf Basis privater Präferenzen und Möglichkeiten entscheiden, was sie nachfragen und was nicht. Die Privatisierung der Nachhaltigkeit stellt private Kauf- oder Nutzungsentscheidungen in einen öffentlichen Rahmen. Dies ist eine demokratietheoretisch nichttriviale Angelegenheit, da sie die traditionelle und in liberalen Systemen wichtige Trennung in eine öffentliche und eine private Sphäre aufweicht. Die Menge der privat Handelnden ist eben *nicht* ein kollektiver Akteur mit Gestaltungsinentionen, weder für noch gegen Nachhaltigkeit. Die Privatisierung der Nachhaltigkeit könnte ihr Ziel nur erreichen, wenn durch nachhaltigkeitsbezogene Erwartungen die Autonomie privaten Handelns (zum Beispiel die Konsumentenautonomie) eingeschränkt würde, etwa durch öffentlichen Druck. Hier kommt es zu dem Paradox, dass man dann aber gerade nicht mehr von einer Privatisierung sprechen kann, denn Privatisierung ist begrifflich notwendig mit der Entscheidungshoheit der Privatpersonen verbunden.

Dieses Paradox beruht letztlich darauf, dass Nachhaltigkeit eben keine private Angelegenheit ist und sich nicht privatisieren lässt. Unterschwellig ist dies auch in der öffentlichen Debatte zu bemerken, in der die Privatisierung betrieben wird. Denn sobald privates Nachhaltigkeitshandeln als *politisch korrektes* Handeln deklariert wird – und dies ist vielfach der Fall – verliert es auf eigentümliche Weise das Private. Das private Handeln wird unter öffentliche Beobachtung und unter öffentlichen Druck gestellt. Da intuitiv klar ist, dass privates Handeln unter Konsumentensouveränität von selbst wohl kaum zur Nachhaltigkeit führen wird, sondern „richtig“ ausgerichtet werden muss, wird morali-

scher Druck aufgebaut (Grunwald 2010). Dieser ist gut anhand der verwendeten, religiösen Kontexten entstammenden Begriffe erkennbar. In der massenmedialen und öffentlichen Kommunikation wird von „Umweltsünden“ und „Umweltsündern“ gesprochen, wird Umwelthandeln moralisiert, wird Umkehr gefordert, wird an die Opferbereitschaft der Menschen im Interesse zukünftiger Generationen appelliert und werden Formen eines strukturellen Ablasshandels eingeführt. So gesehen ist die beobachtbare und propagierte Privatisierung der Nachhaltigkeit nicht nur nicht zielführend; sie hat auch heuchlerische Züge.

Die Moralisierung des Konsumverhaltens und eine Instrumentalisierung dieser Moralisierung für die Nachhaltigkeit sind mit dem Selbstverständnis eines modernen und liberalen Staatswesens, der eine Trennung in eine öffentliche und eine private Sphäre vorsieht, nicht ohne weiteres zu vereinbaren. Die Vermischung der politischen Sphäre öffentlicher Beratung (Deliberation) unter allgemeinen Legitimationsverpflichtungen und Transparenz mit der privaten Sphäre des individuellen Handelns und Konsums ist demokratietheoretisch problematisch. Und sie stellt, indem sie die als öffentlich gewünscht unterstellten Nachhaltigkeitsbelange in die Sphäre des individuellen Umwelthandelns verschiebt, eine Scheinlösung dar. Eine Scheinlösung, die vielleicht auch ein kollektiver Selbstbetrug ist.

Es wäre zynisch, an das private Handeln zu dass dieses Handeln die erhofften

Diese Diagnose legt ein unangenehmes Szenario nahe: Die Diktatur der politischen Korrektheit könnte dazu führen, dass privates Handeln stärker an Nachhaltigkeitsprinzipien ausgerichtet wird. Privatpersonen trennen sorgfältig Müll, kaufen Produkte aus der Region, fahren ein sparsames Auto und sparen Energie. Jedoch, wenn die obigen Argumente zutreffen, folgt daraus *nicht automatisch*, dass die Umwelt entsprechend entlastet wird. Systemeffekte und intermediäre gesellschaftliche Mechanismen könnten die Folgen des individuellen Umwelthandelns modifizieren oder konterkarieren. Die Funktionslogiken gesellschaftlicher Teilsysteme, Maßnahmen wie der Zertifikathandel und systemische Effekte in der Aggregation von Folgen des individuellen Handelns zu Gesamteffekten schieben sich zwischen das individuelle Umwelthandeln und seine Folgen für die natürliche Umwelt. Alle bemühen sich, aber nichts oder nicht viel passiert.

In diesem Szenario könnte man sich privat Handelnde in der Situation von Hamstern im Laufrad vorstellen, emsig beschäftigt, nachhaltige Entwicklung im privaten Bereich zu befördern, hoch motiviert den gesamten Alltag darauf abstellend – und dennoch ist ihr *realer* Beitrag zur Lösung der Nachhaltigkeitsprobleme irgendwie randständig (Grunwald 2010). Das Laufrad kennt nur eine Richtung: geradeaus, ob nun schneller oder langsamer. Stimmt aber die Richtung nicht, ist die noch so rasche Bewegung

sinnlos oder gar kontraproduktiv. Auf der einen Seite sind dies sicher gefährliche Gedanken. Sie können die Motivation negativ beeinflussen, sich für Nachhaltigkeit einzusetzen, und sie können dazu beitragen, dass Gestaltungspotenziale in Richtung auf nachhaltige Entwicklung nicht erkannt oder leichtfertig verspielt werden. Es wäre aber zynisch, an das private Handeln zu appellieren, wenn plausible Zweifel bestehen, ob dieses Handeln die erhofften positiven Folgen haben wird. Geradezu paradox würde es, wenn das ökologisch motivierte private Handeln dazu beitragen würde, die Nichtnachhaltigkeit des Gesamten zu stärken (Blühdorn 2007).

Nachhaltigkeitshandeln als politische Aktivität

Es dürfte kaum zu bezweifeln sein, dass Nachhaltigkeit eine Sache der Polis ist. Dies ist einerseits anhand der Geschichte der Nachhaltigkeitsbewegung – über Brundtland und den Rio-Prozess bis hin zu den europäischen, nationalen und regionalen Aktivitäten – erkennbar. Zum anderen liegt es in der Natur der Sache selbst. Nachhaltigkeit betrifft „das Ganze“, Gegenwart und Zukunft unserer Lebensweise, unsere gesellschaftliche Organisation und die Organisation unseres Verhältnisses zur natürli-

appellieren, wenn plausible Zweifel bestehen, positiven Folgen haben wird.

chen Umwelt im Rahmen der globalen Dimension. Nachhaltigkeit ist keine Privatsache, sondern in ihrer inhaltlichen Ausgestaltung wie auch in der Umsetzung eine öffentliche Aufgabe, die auf den unterschiedlichsten Ebenen der politischen Systeme bearbeitet wird – mehr oder weniger gut.

Das heißt nun nicht, dass die individuellen Menschen in diesem Geschehen in der Polis keinen Platz oder keine Aufgabe hätten, dass sie sich ausruhen könnten und in dem großen Spiel der Nachhaltigkeit keine Verpflichtungen hätten. Die abschließende These in diesem Beitrag ist, dass die Verpflichtungen der Individuen sich nicht auf das private Konsum- und Umwelthandeln erstrecken, sondern auf die politische Dimension des individuellen Handelns. Dass Nachhaltigkeit eine politische Aufgabe ist, bedeutet nicht, dass es allein eine Aufgabe des politischen Systems ist. Die Individuen sind nicht nur Konsument(inn)en oder privat mit umweltrelevanten Handlungen Befasste, sondern auch politische Akteure als Bürger(innen) ihrer Gemeinwesen und als Mitglieder der Zivilgesellschaft.

Dabei ist die simple Tatsache zu berücksichtigen, dass individuelles Handeln stets in einem konkreten gesellschaftlichen Umfeld stattfindet. Politische Bedingungen, die Rechtslage, Wettbewerbsbedingungen, die internationale Situation, das Ressourcenangebot, aber auch Zeitgeist und Modeerscheinungen beein-

flussen das individuelle Handeln. Die Individuen bewegen sich in den funktionalen Teilsystemen der Gesellschaft, wenn ich hier einmal die Luhmann'sche Beschreibung der Gesellschaft verwende. Sie sind wirtschaftlich tätig, politisch aktiv, kommen gelegentlich mit dem Rechtssystem in Kontakt, machen Sport oder interessieren sich dafür. Wird diese Ausprägung der *conditio humana* in der Moderne ernst genommen, erhält das Handeln der einzelnen Personen, die sich für Nachhaltigkeit einsetzen wollen, eine andere Ausrichtung, als sich auf Mülltrennung, nachhaltigen Konsum und ökologische Ernährung zu beziehen. Denn dann geht es um eine Reflexion der Funktionsbedingungen der gesellschaftlichen Teilsysteme in Bezug auf ihre Umweltfolgen und die Entwicklung von Maßnahmen zum Neujustieren der Systeme oder ihrer Regeln und Teile, die für Nachhaltigkeitsfragen zentral sind. Den Individuen kommt die Aufgabe zu, im Rahmen ihrer Beteiligung an für die Lösung der Nachhaltigkeitsprobleme relevanten Teilsystemen so zu handeln, dass das entsprechende Teilsystem in eine ökologische Richtung „gedrängt“ wird. Dies betrifft primär das Handeln im politischen System, da dort die verbindlichen und legitimationspflichtigen Rahmenbedingungen für andere Systeme, also etwa auch für das Wirtschaftssystem, festgelegt werden.

Individuelles Nachhaltigkeitshandeln bestünde in dieser Wendung darin, sich in den politischen Debatten, in denen über nachhaltigkeitsrelevante Ziele oder Maßnahmen gesprochen wird, zu engagieren und dazu beizutragen, dass nicht kurzfristige Interessen ohne Rücksicht auf Nachhaltigkeitsbelange dominieren. Dabei kann es sich um strukturelle Fragen wie eine nachhaltigkeitsbezogene Modifikation des Steuersystems oder die Einführung von Nachhaltigkeitsprüfungen auf allen politischen Ebenen handeln – gerade auf kommunaler Ebene gibt es schöne Beispiele, wo dieses Modell funktioniert hat –, es kann darum gehen, Nachhaltigkeit in den Programmen der politischen Parteien zu verankern oder auszugestalten, es können konkrete Felder wie die Energieversorgung oder zukünftige Mobilitätsstrukturen adressiert werden. Bürgerschaftliches Engagement in den politischen oder zivilgesellschaftlichen Foren ist gefragt, um nachhaltigkeitsfeindliche Rahmenbedingungen oder Anreizstrukturen zu erkennen und auf Änderung zu drängen.

Ein Beispiel: Statt sich durch den Erwerb von Zertifikaten von den ökologischen Kosten einer Urlaubsfernerreise moralisch „freizukaufen“, wäre es eine Herausforderung für politisches Nachhaltigkeitshandeln, für eine Internalisierung der externen Kosten von Flugreisen und gegen eine steuerliche Bevorzugung des Luftverkehrs einzutreten, konkret etwa für die Einführung einer Kerosinsteuer zu werben. Das würde die Rahmenbedingungen ändern, unter denen Flugreisen stattfinden. Diese Änderung wäre demokratisch legitimiert und allgemeinverbindlich; Verhaltensänderungen würden im Rahmen der Konsumentensouveränität unter diesen neuen Rahmenbedingungen erfolgen, ohne dass ein moralischer Druck aufgebaut werden müsste.

Dass dies eintritt, erscheint auf den ersten Blick nicht sehr wahrscheinlich: Niemand ist an höheren Preisen für Flugreisen interessiert. Die Grenzen individuellen Umwelthandelns schei-

nen daher auch hier eher eng gezogen. Es ergeben sich letztlich ähnliche Schwierigkeiten wie beim Modell des nachhaltigen Konsums, da kurzfristige Interessen der Individuen oft im Vordergrund stehen. So war es auch nicht direkt das individuelle Engagement, das zu einem höheren Anteil erneuerbarer Energieträger an der Energieversorgung geführt hat. Vielmehr war es eine Folge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das die Rahmenbedingungen für individuelles Handeln verändert hat, vor allem durch die Planungssicherheit für Investoren in Bezug auf die erwartbaren Einspeisungserlöse. Doch individuelles umweltpolitisches Handeln hat dazu beigetragen, dass eine politische Bereitschaft entstanden ist, ein solches Gesetz in Kraft zu setzen. Nachhaltigkeitspolitisch motiviertes Handeln der Einzelnen kann zwar nicht unmittelbar zu Veränderungen führen, dürfte aber vielfach eine *conditio sine qua non* sein, das politische System in eine entsprechende Richtung zu drängen.

Die politische Macht der Individuen

Mein – bescheidener – Optimismus liegt darin begründet, dass viele Menschen den Sinn (nachhaltigkeits-)politischer Maßnahmen durchaus einsehen, auch wenn diese zunächst zu individuellen Nachteilen führen. Das ist wie bei Steuererhöhungen. Niemand begrüßt sie, aber wenn es überzeugende Argumente gibt, werden sie akzeptiert – nur müssen sie demokratisch beschlossen und verbindlich umgesetzt werden. Ein moralischer Appell an die Bürger(innen), doch freiwillig mehr Steuern zu zahlen – das wäre die Analogie zu dem oben beschriebenen Appell, doch bitte im Privaten nachhaltig zu konsumieren –, geht an den Systemfunktionalitäten schlicht vorbei und würde in diesem Feld geradezu kurios wirken.

Es geht also nicht darum – um in der Metapher zu bleiben –, im Laufrad immer schneller zu werden, sondern darum, den Tanker, auf dem das Laufrad steht, umzusteuern – eine atemberaubend schwierige Aufgabe, deren Lösung von den Soziolog(inn)en prompt als unmöglich bezeichnet wurde; nach Brand und Fürst (2002, S. 27 ff.) herrsche ein „Generalverdacht des Illusorischen“. Trotzdem gibt es keine Alternative. Die Macht der Individuen liegt nicht in ihrer Konsummacht – wenn das Wort zutrifft, die Konsument(inn)en seien „schlafende Riesen“, dann darin, dass sie wirklich schlafen –, sondern in ihrer politischen Macht. Dass das nicht zum Zeitgeist und zu aktuellen Erfahrungen passt, ändert nichts an der Richtigkeit der Diagnose.

Individuelles Umwelthandeln im Sinne von Mülltrennung oder sparsamem Energieverbrauch wird dadurch nicht obsolet. Gerade im lokalen Rahmen kann das individuelle Handeln auch zu positiven Umwelteffekten führen. Wer auf Pestizide im eigenen Garten verzichtet, hat selbstverständlich einen naturnäheren Garten. In diesem Beitrag will ich nur vor dem kollektiven Selbstbetrug warnen, dass durch privates Umwelthandeln die großen Herausforderungen der Nachhaltigkeit bewältigt werden könnten. Das kann und wird nicht einmal ansatzweise der Fall sein. Die Privatisierung der Nachhaltigkeit, um einen Satz vom

Anfang zu wiederholen, wäre ihr Ende und würde Nachhaltigkeit zu einem bloßen Trugbild machen.

Der Satz „Ohne Engagement von Bürgern, Gruppen und Institutionen wird Nachhaltigkeit in der Tat eine vorübergehende Modeerscheinung bleiben“ (Renn 2002, S. 36) bleibt danach zwar richtig, ist aber jenseits einer Privatisierung der Nachhaltigkeit zu verstehen. Es geht, sollen die großen Nachhaltigkeitsprobleme ernsthaft in Angriff genommen werden, nicht um umweltbewussten Einkauf, sparsames Autofahren und sorgfältige Mülltrennung, sondern um das Engagement „von Bürgern, Gruppen und Institutionen“ in der ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft – und dies bedeutet zu einem großen Teil ein Engagement dafür, dass die Mechanismen, Funktionsweisen und Erfolgsbedingungen moderner Gesellschaften mit den in der Polis verfügbaren Mitteln in Richtung auf Nachhaltigkeit modifiziert werden.

Literatur

- Blühdorn, I. 2007. Sustaining the unsustainable: Symbolic politics and the politics of simulation. *Environmental Politics* 16/2: 251–275.
- Brand, K.-W. 2000. Wollen wir, was wir sollen? Plädoyer für einen dialogisch-partizipativen Diskurs über nachhaltige Entwicklung. In: *Vom schwierigen Vergnügen einer Kommunikation über die Idee der Nachhaltigkeit*. Herausgegeben von A. Fischer, G. Hahn. Frankfurt am Main: VAS. 12–34.
- Brand, K.-W., V. Fürst. 2002. Sondierungsstudie. Voraussetzungen und Probleme einer Politik der Nachhaltigkeit – Eine Exploration des Forschungsfelds. In: *Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme, Chancen – eine kritische Diskussion*. Herausgegeben von K.-W. Brand. Berlin: edition sigma. 15–109.
- Geden, O. 2009. Strategischer Konsument statt nachhaltiger Politik? Ohnmacht und Selbstüberschätzung des „klimabewussten Verbrauchers“. *Transit* 36: 132–141.
- Grunwald, A. 2010. Die Ökologie der Individuen. Erwartungen an individuelles Umwelthandeln. In: *Ökologische Aufklärung. 25 Jahre „Ökologische Kommunikation“*. Herausgegeben von C. Büscher, K. Japp. Wiesbaden: VS Verlag. 231–258.
- Renn, O. 2002. Nachhaltiger Konsum: Was kann der Einzelne tun? In: *Nachhaltiger Konsum. Auf dem Weg zur gesellschaftlichen Verankerung*. Herausgegeben von G. Scherhorn, C. Weber. München: oekom. 33–39.
- Scherhorn, G., C. Weber (Hrsg.). 2002. *Nachhaltiger Konsum. Auf dem Weg zur gesellschaftlichen Verankerung*. München: oekom.

Eingegangen am 15. Juni 2010; überarbeitete Fassung
angenommen am 2. September 2010.

Armin Grunwald



Geboren 1960 in Soest, Nordrhein-Westfalen. Studium der Physik, Mathematik und Philosophie. Promotion in Physik an der Universität Köln. Habilitation in Philosophie an der Universität Marburg. Seit 1999 Leiter des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) des Forschungszentrums Karlsruhe, heute Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Seit 2002 Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag. Seit 2007 Inhaber des Lehrstuhls für Technikphilosophie und Technikethik an der Universität Karlsruhe. Sprecher des KIT-Schwerpunkts *Mensch und Technik* und des Helmholtz-Programms *Technologie, Innovation und Gesellschaft*. Mitherausgeber von *GAIA*.